

Medienmitteilung der Ärztesgesellschaft des Kantons St.Gallen

Spitalplanung auf ungenügenden Grundlagen

Die St.Galler Regierung hat eine milliardenschwere Sanierung bestehender Spitäler im Kanton vorgelegt, über die in gut einem Jahr abgestimmt werden soll. Dabei hat es die Regierung versäumt, die wichtigsten Stakeholder einzubeziehen, ein umfassendes Konzept für die Gesundheitsversorgung zu erstellen und in die politische Diskussion einzubringen. Zudem zeichnet sich seit Jahren ab, dass sich die Spitalversorgung stark verändern wird. Die Ärztesgesellschaft des Kantons St.Gallen (KAeG) fordert eine breitere Diskussion über die Spitalzukunft.

Der Spitalbereich im Kanton St.Gallen wird seit 1997 durch ein faktisches Baumoratorium geprägt, das zukunftsgerichtete Investitionen verunmöglicht und ausschliesslich werterhaltende und betriebsnotwendige Investitionen erlaubt hat.

Das Versäumnis der Regierung

Das Moratorium wurde damit begründet, dass zuerst Klarheit über die langfristige Strategie in der Spitalversorgung und über die Leistungsaufträge der einzelnen Spitäler im Kanton St.Gallen erzielt werden müsse, bevor grosse Investitionen in Spitalbauten beschlossen werden könnten.

Eine zukunftsorientierte Strategie ist in den Unterlagen der Regierung allerdings nicht zu erkennen, es sei denn, das schon lange zelebrierte Dogma „keine Spitalschliessungen“ sei noch immer die oberste Planungsmaxime der Exekutive. Die Regierung hat es über all die Jahre des Moratoriums versäumt, die sich abzeichnenden weiteren Veränderungen in der Entwicklung der Gesundheitsversorgung in ihre Planung einzubeziehen. Das Moratorium sollte lediglich Fehlinvestitionen vorbeugen, nicht aber ein zukunftsträchtiges Gesamtkonzept verhindern. Trotzdem will die Regierung im November 2014 über Investitionen ins Kantonsspital, Kinderspital und die Spitäler Altstätten, Grabs, Linth und Wattwil abstimmen lassen. Dabei bleiben wichtige Erkenntnisse unberücksichtigt. Beispielsweise, dass geringe Fallzahlen an den einzelnen Standorten die in der Medizin entscheidende Qualität in Frage stellen oder dass der Trend Richtung verstärkter ambulanter Behandlungen zulasten der stationären geht. Ganz zu schweigen von der Entwicklung zu einer stärkeren Zusammenarbeit, Kooperation und Koordination der verschiedenen Anbieter. Schweizweit ist eine Konzentration der Leistungen in Zentrumsspitalern festzustellen. In dieser Entwicklung wird auch der Kanton St.Gallen keine Ausnahme sein.

Prüfen, wohin die Entwicklung geht

Diese und weitere Fragen finden in den Unterlagen der Regierung keine Antwort. Solche sind aber unabdingbar notwendig bevor das Volk Milliardeninvestitionen beschliessen soll. Die Ärztesgesellschaft fordert von der Regierung ein umfassendes Konzept über die Gesundheitsversorgung unter Einbezug aller Player im Gesundheitswesen. Bis zum Vorliegen solcher Grundsatzentscheide bleibt offen, ob die regierungsrätliche Strategie eines „Spitalschliessungsverbots“ besser ist als eine Lösung, wie sie die IHK in ihrer Studie aufzeigt – die optimale Lösung für die Spitalversorgung liegt zurzeit sicher noch nicht auf dem Tisch der Politik. Die für diese wichtigen Entscheidungen nötigen Kriterien sind bisher nicht einmal ansatzweise untersucht worden und fehlen als Grundlage. Es wurde auch unterlassen, die schon früher andiskutierten Varianten von Schliessungen und Neubauten zu prüfen. Zudem: Renovationen und Umbauten können ineffizienter sein als Neubauten.

Forderungen der Ärzteschaft

Diese Fragen müssen ohne Vorbehalte geklärt werden. Es kann nicht sein, dass jede Region unabhängig von der Effizienz „ihr“ Spital behalten soll, wenn sich eine überregionale oder interkantonale

Lösung als sinnvoll und richtig erweisen sollte. Es zählt das gesamtwirtschaftliche Gemeinwohl des Kantons und nicht die Befindlichkeit einer jeden Region. Deshalb fordert die KAeG eine Abklärung von Alternativen, bevor die Milliardenvorlage dem Volk unterbreitet wird.

Das Argument, eine Diskussion der künftigen Spitalversorgung gefährde deren zeitgerechten Ausbau, ist falsch. Wahr ist, dass eine solche Diskussion Fehlinvestitionen von Hunderten Millionen Franken verhindern kann. Zudem schliesst ein solches Vorgehen nicht aus, dass dringende, unbestrittene Teile der Spitalvorlage rasch umgesetzt werden können. Zum Beispiel müssen insbesondere beim Kantonsspital St.Gallen bald dringende Bauvorhaben gestartet werden, weil sonst dessen Zentrumsfunktion in Frage gestellt wird.

Box

Mehr Chronisch- und Mehrfach-Erkrankungen

Die demografische Entwicklung führt nicht nur zu mehr älteren Menschen, sondern auch zu mehr Menschen, die an Chronischen- und Mehrfach-Erkrankungen leiden. Dafür braucht es aber nicht mehr Akutspitalbetten, sondern mehr Betreuungskapazität vor Ort, bei den betroffenen Patienten zuhause. Die Statistik bestätigt das: 90 von 100 Personen mit gesundheitlichen Problemen werden von Hausärztinnen und Hausärzten abschliessend behandelt. 9 weitere brauchen einen Spezialisten für ihre Versorgung, und lediglich einer von 100 Kranken muss zur Behandlung in ein Spital.

Nach Meinung der Ärzteschaft muss deshalb ein Spitalkonzept zwingend in ein gesundheitliches Gesamtversorgungskonzept eingebettet werden. Dieser Forderung entsprechen weder der Vorschlag der Regierung noch die Studie der IHK. Beide sind in ihrer Ausrichtung zu spitallastig und deshalb Flickwerk. Falsch ist zudem, dass sie an der Kantonsgrenze Halt machen, statt in Regionen zu denken.

Die Bevölkerung wünscht sich „gesunde Lebensjahre, möglichst langes Verweilen in den eigenen vier Wänden und eine optimale Gesundheitsversorgung zu bezahlbaren Prämien und Steuern“. Diese Vorgaben müssen politische Konzepte erfüllen. Zudem muss die Politik stärker berücksichtigen, dass die Mortalität der Bevölkerung mindestens viermal mehr durch das eigene Gesundheitsverhalten als durch die kurative (wiederherstellende) Medizin beeinflusst wird. Vor allem diese Erkenntnis hilft, die volkswirtschaftlichen Gesamtkosten im Griff zu behalten.